

Selbstverwaltung - eine moderne Konzeption des Sozialismus

Autor(en): **Künzli, Arnold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652017>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Selbstverwaltung – eine moderne Konzeption des Sozialismus

1. Die Ursachen der Übernahme des Selbstverwaltungs-Konzepts durch die SPS

Mit zehnjähriger Verspätung sind in der Programmgruppe der SPS, die mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem neuen Parteiprogramm beauftragt worden war, die „68er“ zum Zuge gekommen. Dabei wirkte sich die Verspätung allerdings insofern äusserst positiv aus, als wir, soweit wir der 68er Bewegung trotz aller Sympathie nicht ohnehin schon mit einer gewissen kritischen Reserve gegenübergestanden hatten, um die Erfahrung des Scheiterns extremer dogmatischer 68er Positionen reicher waren. Gescheitert war jener von den marxistischen Dialektikern und den Anarchisten geerbte Mythos, wonach aus der revolutionären Negation des Bestehenden das Rettende von selbst wachse und durch radikale Verweigerung eine revolutionäre Situation geschaffen werden könne. Man könnte sagen:

Wir haben die 68er Utopie vom Kopf auf die Füße gestellt, vom Himmel der pseudoreligiösen Schwärmerei auf die Erde politischer Praxis heruntergeholt. Die zu unmittelbarem revolutionärem Tun begeisternde Hoffnung auf die Zauberkraft der Negation haben wir in einen schwierigen, mühsamen, langwierigen Lernprozess umfunktioniert, dessen guter Ausgang nicht geschichts-metaphysisch garantiert ist, sondern allein von der Anstrengung der Menschen abhängt.

Die 68er Utopie: das war, entkleidete man sie ihrer innerweltlich-heilsgeschichtlichen Umhüllung, in ihrem positiven Kern die Utopie der Selbstverwaltung. (Nebenbei, falls jemand sich am Begriff „Utopie“ stossen sollte: unter Utopien verstehe ich Vorstellungen eines Besseren, die das Bestehende überschreiten, und in diesem Sinne waren alle unsere heutigen politischen und sozialen Institutionen einmal Utopien. Weiter grenzt sich der Begriff „Utopie“ von einem „wissenschaftlichen Sozialismus“ ab, der dem szientistischen Missverständnis huldigt, man könne mit Hilfe der exakten Wissenschaften die Menschheitsgeschichte wie die Naturgeschichte erfassen, erklären und gestalten.) Die 68er Utopie meinte positiv: Sozialismus als optimale Selbstverwaltung, Selbstbestimmung solidarischer, mündiger Individuen, als radikale Demokratisierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, als neue Lebensqualität im Alltag. Selbstverwaltung meint, dass die Menschen in allem, was sie direkt betrifft, von Anfang an verantwortlich mitreden, mitentwerfen, mitentscheiden können und sollen. Optimal bedeutet, dass dabei auf Strukturen und Funktionen der Gebiete, in denen Selbstverwaltung eingeführt werden soll, Rücksicht zu nehmen ist: Selbstverwaltung sieht in einer Schule

anders aus als in einem Industrieunternehmen, in einer Beiz anders als in einer Zeitungsredaktion. Da nichts Menschliches absolut ist, gibt es auch keine absolute Selbstverwaltung. Das „optimal“ reduziert die Selbstverwaltung auf das Mass des Menschen, ohne den utopischen Anspruch aufzugeben.

„1968“ markiert in der Geschichte der europäischen Linken eine Zäsur: Wie immer auch die 68er Bewegung gescheitert sein mag, spätestens von diesem Datum an ist Sozialismus in Europa – im Westen wie im Osten – nur noch als Selbstverwaltung denkbar. Ein Sozialismus, versteht sich, der diesen Namen auch wirklich verdient und der eine Gesellschaft solidarischer, mündiger Citoyens meint, in der die Abhängigkeit von wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Fremdbestimmung aufgehoben ist. Spätestens seit 1968 ist Selbstverwaltung die sozialistische europäische Alternative zur Diktatur des Kapitals im Westen und der Partei im Osten.

Die sozialistische Alternative aber auch zu einer Sozialdemokratie, die sich, getragen von der Welle der Nachkriegs-Hochkonjunktur, aus einer sozialistischen Arbeiter- in eine bürgerliche Volkspartei und aus einer Oppositions- in eine Regierungspartei verwandelt und sich dabei immer weiter von ihrem sozialistischen Ursprung entfernt hat. Überraschenderweise war auf dem Parteitag 1976 der SPS in Montreux ein Antrag durchgedrungen, es sei ein neues Parteiprogramm auf der Grundlage „Bruch mit dem Kapitalismus“ zu entwerfen. Wollte die Partei plötzlich zu ihren sozialistischen Anfängen zurückkehren? Betrachtete man die sozialdemokratische Reformpolitik der letzten Jahrzehnte als gescheitert? Auf solche Fragen ist nicht mit einem simplen Ja oder Nein zu antworten, und wer verstehen will, was da vor sich geht, der muss von der Tatsache einer Wechselwirkung von Partei- und Gesellschafts-Entwicklung ausgehen.

Auch die Partei-Linke sieht die sozialstaatliche Reformpolitik der Partei in den Nachkriegsjahrzehnten keineswegs als gescheitert an, ganz im Gegenteil. Der Eintritt ins Konkordanzgeschäft hat dem sozialdemokratischen Juniorpartner auf dem Gebiete sozialer Reformen grosse Erfolge eingebracht. Aber einmal waren diese Erfolge nur möglich dank einer Hochkonjunktur, die es den Bürgerlichen erlaubte, es den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften zu erlauben, einen Teil des reichlich sich bildenden Wachstums- und Produktivitätsrahms abzuschöpfen – aber was soll die Partei in einer Zukunft tun, in der der Rahm nach aller Voraussicht immer knapper werden und vielleicht sogar eines Tages ganz ausbleiben wird? Auch begannen jene in der Partei, die sich noch nicht von so altmodischen Vorstellungen wie Mündigkeit, aufrechter Gang, Menschenwürde, Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit zu lösen vermochten, sich zu fragen, ob denn der Preis für die erzielten Erfolge – die Integration in einen als solchen nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellten Kapitalismus, und damit die Schubladisierung des Sozialismus – nicht zu hoch, und vor allem, ob er bei sinkenden Rahmressourcen

noch vertretbar sei. Schliesslich zeigt es sich immer bedrohlicher, dass auch der wissenschaftlich-technische Fortschritt innerhalb eines primär durch Gewinnmotive bestimmten kapitalistischen Systems einen immer höheren Preis an Zerstörung von Lebensqualität, Ausbeutung von Energieressourcen und Erosion von Lebenssinn fordert.

Wenn man hier fragt, was denn Selbstverwaltung an dieser Entwicklung ändern könnte, dann ist auf die Erfahrung hinzuweisen, dass z.B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes die Regierungen wohl bis heute nichts unternommen hätten, wäre nicht von der Basis her ein massiver Druck auf sie ausgeübt worden. (Dasselbe gilt für alle mit den Atomkraftwerken zusammenhängenden Fragen). Politiker und Staatsmänner sind heute so völlig durch das blosse „Krisenmanagement“ in Anspruch genommen, dass sie kaum mehr fähig sind, über ihre Aktenberge hinauszublicken und echte Innovationen einzuleiten. Nur wenn eine durch die Zerstörung von Lebensqualität sensibilisierte Basis „unten“ Druck erzeugt, geschieht „oben“ etwas. So wie Erhard Eppler es in seinem jüngsten Buch „Wege aus der Gefahr“ geschildert hat: *„Politische Macht entsteht und verschiebt sich vor allem an der Basis, da wo Bewusstsein sich bildet und wandelt. Wo von der Basis her, durch verändertes Bewusstsein, etwas Neues mehrheitsfähig wird, finden sich früher oder später auch politische Kräfte, die sich diese Mehrheit zunutze machen...“*

Der Ruf „*Bruch mit dem Kapitalismus!*“, und das heisst „*Zurück zum Sozialismus!*“ legitimiert sich folglich durch die Erkenntnis, dass die Partei ihre unbestrittenen Erfolge mit einer Entfremdung von ihrem sozialistischen Ursprung bezahlen musste, dass infolge des ökonomisch und ökologisch bedingten Wachstumsrückgangs eine erfolgreiche Fortsetzung der bisherigen Reformpolitik nicht mehr möglich ist und die Partei auf diesem Gebiete ihre Aufgabe weitgehend erfüllt hat, dass der Kapitalismus und sein bürokratisch-autoritärer Zwillingsbruder im Osten entscheidend mitverantwortlich sind für die selbstmörderische Ausbeutung der Natur und ihrer Ressourcen und die sich auf eine Katastrophe hinentwickelnde Umweltsituation, ebenso für ein Wettrüsten, dass immer bedrohlicher auf einen Menschheits-Holocaust zusteuert, kurz: dass es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann, wenn die Menschheit überleben will, ganz abgesehen davon, dass eine immer grössere Zahl von Menschen, jungen Menschen vor allem, in diesem Leben keinen Sinn mehr findet und verzweifelt in Gruppentherapien, Sekten, Depressionen, Drogen, neuen Lebensformen nach Alternativen sucht oder sich in einen platt hedonistischen Konsumismus flüchtet.

Die Idee der Selbstverwaltung kann aber gerade in der Schweiz auf eine lange Tradition zurückblicken. Vom Bundesbrief – mit seinem Postulat einer Selbstverwaltung der Waldstätte in der Rechtssprechung – über die Gemein-

defreiheit, das Gemeindeeigentum, die Landsgemeinde und die (Eid-) Genossenschaften bis zu den partizipatorischen Elementen der halbdirekten Demokratie gehört der Gedanke einer demokratischen Selbstverwaltung zu den Grundbeständen unseres politischen Lebens und Willens. Und da Revolutionen, wenn sie Bestand haben wollen, auf Traditionen und auf dem bisher an Emanzipation Erreichten und Institutionalisierten aufbauen müssen, bietet der Gedanke einer demokratischen Selbstverwaltung sich auch unter diesem Aspekt in geradezu idealer Weise als Modell eines möglichen Sozialismus in der Schweiz an.

Freilich sind Versuche, diesem Gedanken eine theoretische Grundlage zu geben, auch anderswo, an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten erfolgt. Man findet Ansätze bei Rousseau, Thomas Jefferson, einigen Frühsozialisten, vor allem bei den klassischen Anarchisten mit ihrer Räte-Idee, aber da und dort auch bei Karl Marx und dann natürlich bei den zeitgenössischen jugoslawischen Theoretikern, von den offiziellen bis zu den „Dissidenten“ der „Praxis“-Gruppe. In der Bundesrepublik lief die theoretische Debatte vor allem unter den Stichworten „Radikaldemokratie“ und „Partizipation“, in Frankreich wird seit geraumer Zeit eine breite Diskussion über „autogestion“ geführt und es erscheint unter diesem Titel sogar eine Zeitschrift. An Theorie herrscht also kein Mangel, und zum Thema etwa einer Demokratisierung der Wirtschaft sind bereits mehrere umfangreiche wissenschaftliche Werke publiziert worden (Peter Ulrich, Ota Sik, Ulrich Gärtner/Peter Luder).

2. Die Bedeutung der Programmkommission

Dass die Ausarbeitung eines Programmentwurfs — der ja inzwischen zu einem „Vorentwurf“ und zu „Materialien“ für einen Programmentwurf abgewertet wurde — einer homogenen Gruppe von Intellektuellen übertragen wurde, hat einen sehr pragmatischen Grund: Helmut Hubacher hat in einem Fernsehgespräch einmal erklärt, man habe die Arbeit Intellektuellen übertragen, da diese im Gegensatz zu den Politikern Zeit hätten.

Ich habe allerdings das Gefühl, dass die völlig theorieentwöhnte Partei sich nicht ganz bewusst war, was sie sich da einbrockte, als sie uns Intellektuelle mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragte. Zumal wir ja tatsächlich zumindest insofern eine homogene Gruppe bildeten, als wir in Sachen Selbstverwaltung — und darüber hinaus — völlig übereinstimmten. Dass es zur Bildung einer solchen homogenen Gruppe kam, ist weitgehend dem umsichtigen Rat von Otto F. Walter zu verdanken. Aber der Schock, den unser Entwurf im ersten Augenblick bei den Partei-Honoratioren auslöste, beweist doch, dass wir es mit dem „Bruch mit dem Kapitalismus“ etwas ernster genommen haben, als diese erwartet haben mögen. Von einer innerparteilichen Verschiebung im Verhältnis von Theorie und Praxis kann also sicher keine

Rede sein, vorläufig auch nicht im Verhältnis von führenden Funktionären und Mitgliedern. Aber wir späte 68er Intellektuelle haben zumindest ein erstes Ziel erreicht: unser (Vor-)Entwurf hat zum erstenmal seit langem in der Partei eine breite Theoriediskussion ausgelöst und damit eine Besinnung auf die Grundwerte und Grundziele der Partei in einer zum Teil radikal veränderten Umwelt angeregt. Es ist etwas in Bewegung geraten in der Partei, man macht sich wieder Gedanken darüber, was das eigentlich heisst: „Sozialismus“. Die Debatte dient auch dazu, die völlig ins Bürgertum integrierte Partei-Rechte zu zwingen, Farbe zu bekennen, und die reinen Karrieristen etwas zu enttarnen.

Wenn diese Diskussion von der Rechten gelegentlich reduziert wird auf eine Auseinandersetzung zwischen unvertrauten Linksextremisten und bieder-treuen Wahrern sozialdemokratischen Erbes – „*Bruch mit der Sozialdemokratie*“ hat uns die Basler ASG vorgeworfen –, oder zwischen realitätsfernen Intellektuellen und bewährten Pragmatikern – „*in einem schwer verständlichen Parteichinesisch*“ abgefasster Entwurf „*von Intellektuellen für Intellektuelle*“ (ASG) –, dann manifestiert sich darin nur die Distanz dieser Konservativen vom sozialistischen Ursprung der Partei. Abgesehen davon, dass es spätestens seit Göbbels zur Taktik der extremen Rechten gehört, Intellektuelle als Intellektuelle zu diffamieren, dient eine solche ideologische Schaumschlägerei bloss dazu, die wahren Positionen in dieser Polarisierung zu verschleiern: hier Sozialisten, die das bestehende kapitalistische System radikal verändern wollen, dort rechte Sozialdemokraten, die ihren Frieden mit dem Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft geschlossen haben und diesen bloss eine soziale Politur verleihen wollen. Natürlich ist die Partei nicht in diese beiden Flügel aufgespalten, sondern das Gros der Partei dürfte irgendwo in der Mitte beheimatet sein und etwas ratlos den Auseinandersetzungen zuhören. Das entspricht durchaus der augenblicklichen gesellschaftlichen und politischen Situation der Schweiz, die einerseits äusserlich noch immer so lebt, als befänden wir uns noch mitten in heiler Welt und Hochkonjunktur, und die andererseits, wenn sie von ihren pittoresken Kirchtürmen in die Welt hinausblickt, eine unheimliche Katastrophe auf sich zukommen sieht.

Es ist klar, dass in dieser gesellschaftlich-politischen Situation die Partei noch nicht reif zu einer Entscheidung im Sinne des von unserem Programm-entwurf angestrebten Kurswechsels „*Bruch mit dem Kapitalismus durch demokratische Selbstverwaltung*“ sein kann. Offenbar muss uns die Katastrophe noch näher auf den Leib rücken, bevor wir zu realisieren beginnen, dass es an der Zeit wäre, etwas zu unternehmen. Bezeichnend auch, dass man sich so beharrlich weigert, die Jugendunruhen als ein Menetekel zu verstehen, das Unheilvolles ankündigt. Aber wenn das Parteiprogramm der Identitätsausweis einer Partei ist, dann lässt sich die durch unseren Programm-entwurf ausgelöste innerparteiliche Auseinandersetzung auffassen als Zeichen einer heilsamen Identitätskrise dieser Partei, die in einer so bedroh-

lich veränderten Umwelt sich neu auf ihren Auftrag besinnen und innerhalb ihrer Tradition ein „aggiornamento“ vornehmen muss.

3. Selbstverwaltung als pluralistische und differenzierte Massnahme

Wie oben schon bemerkt, fassen wir Selbstverwaltung nicht als ein Einheits-Modell auf, das sämtlichen gesellschaftlichen Systemen und Subsystemen ohne Rücksicht auf deren Besonderheiten aufoktroiert werden soll, sondern jede gesellschaftliche Einheit – die Schulen, die Gewerbebetriebe, die Grossunternehmen, die Kirchen, die Zeitungen – muss in Form eines Lernprozesses selbst herausexperimentieren, auf welche Weise der Gedanke der Selbstverwaltung in dieser Einheit optimal verwirklicht werden kann. Die Bundesverfassung verbietet nirgends, sich auch auf gesellschaftspolitischen Gebieten der Phantasie zu bedienen. Selbstverständlich müssen von Anfang an – ebenfalls demokratisierte – Rahmen-Institutionen geschaffen werden, die für die notwendige überlokale und überregionale Koordination und (Rahmen-)Planung sorgen. Insofern könnte man von einem pluralistischen Selbstverwaltungssystem sprechen, wobei allerdings die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Grund-Postulat bleibt, an dem nicht gerüttelt werden darf. Denn Selbstverwaltung, in welcher Form auch immer, ist mit Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar, da dieses ein Recht auf fremde Verfügungsgewalt – oder deren Delegation – gewährt. Ebenso wenig aber ist Selbstverwaltung vereinbar mit einem Staatseigentum an Produktionsmitteln, das die Verfügungsgewalt der staatlichen Bürokratie überträgt. Soweit überhaupt Verstaatlichungen vorgesehen sind, wäre die Verfügungsgewalt über dieses Staatseigentum ebenfalls optimal zu demokratisieren d.h. dem Prinzip der Selbstverwaltung zu unterstellen.

Im Zusammenhang mit der Methodenfrage ist noch auf ein besonders wichtiges Problem hinzuweisen: Selbstverwaltung findet nur im politischen Bereich statt, nicht auch im technischen. Man kann das an einem Beispiel veranschaulichen: die Frage, ob ein Unternehmen Waffen oder Spitalbetten produzieren soll, ist eine politische Frage, die innerhalb der Selbstverwaltungs-Organen entschieden werden muss; ist die Frage einmal entschieden, dann ist die Konstruktion des Produkts ein technisches Problem, das man weitgehend den Technikern überlassen kann. Natürlich sind die Übergänge zwischen Politik und Technik gelegentlich fließend, aber auch hier müssen die einzelnen gesellschaftlichen Systeme selbst herausfinden, wo bei ihnen die Grenze zwischen politischer Selbstverwaltung und technischer Ausarbeitung verläuft.

4. Selbstverwaltung als Weg und Ziel zugleich

Was die Frage der Strategie anbelangt, so ist Selbstverwaltung für uns keineswegs eine Übergangsstrategie im Sinne etwa des marxistischen Dreisprungs

Kapitalismus – Sozialismus – Kommunismus. Selbstverwaltung steht nicht etwa da, wo für Marx die Diktatur des Proletariats stand. Sie ist Weg und Ziel zugleich. Sie ist nicht ein strategisches Mittel zu einem soziopolitischen Zweck, sondern selbst schon der Zweck – als Prozess. Es ist die Form, in der allein wir uns Sozialismus hier und heute vorstellen können, und auch schon der Weg dahin. Wir verstehen sie zwar als ein Postulat mit universalem Anspruch, aber nicht als etwas „Totales“. Da Selbstverwaltung Weg und Ziel ineins ist, ist sie nie am Ziel und somit nie „total“. Als gebrannte Kinder innerweltlicher Eschatologien à la Marx glauben wir nicht an die Geburt eines völlig neuen, totalen Menschen, ebensowenig an den apokalyptischen Umschlag des bestehenden Jammers in ein konfliktfreies Halleluja. Wir akzeptieren die Bedingtheiten der „condition humaine“, verwechseln diese aber nicht mit den selbstgemachten des bestehenden gesellschaftlichen und politischen Systems, die radikal aufgehoben werden sollen.

Die Strategiefrage stellt sich uns als Frage nach dem möglichen Weg und damit verbunden als die Machtfrage. Dabei bekennen wir uns zu einer Doppelstrategie: ausserparlamentarisch (nicht anti-parlamentarisch) sollen von der Partei auf allen Gebieten, in allen Systemen und Subsystemen, lokale Selbstverwaltungs-Experimente angeregt und gefördert werden. Das erfordert zunächst eine grosse Bildungsarbeit innerhalb der Partei und es müssten permanente Selbstverwaltungs-Kommissionen gebildet werden, die die gemachten Erfahrungen verarbeiten, weitergeben, neue Experimente anregen, laufende unterstützen. Es ist evident, dass die Partei dabei einerseits über ihre Grenzen hinausblicken, hinausreden, hinaushandeln, andererseits die Autonomie der jeweiligen Selbstverwaltungs-Einheiten respektieren muss. Das Entscheidende dabei ist der psychische, ja therapeutische Mobilisierungseffekt: den Menschen die Erfahrung zu vermitteln, dass sie ja gar nicht ohnmächtig sind, dass sie, wenn sie nur wollen, in der Gesellschaft und in ihrem individuellen Leben gemeinsam etwas ändern, schöpferisch gestalten, die Tendenzen zu Resignation, Depression, Flucht und Sucht erfolgreich bekämpfen können. Der Gedanke der Selbstverwaltung wird politisch erst dann mehrheitsfähig werden, wenn eine genügend grosse Anzahl Menschen am eigenen Leibe, in der eigenen Seele erfahren hat, wie befreiend und „aufstellend“ sie wirkt, wenn man sie praktiziert.

Damit wäre bereits die andere Linie der Doppelstrategie angesprochen: die parlamentarisch-politische. Hier gilt es, im Rahmen der bestehenden parlamentarisch-demokratischen Institutionen zu versuchen, Machtverhältnisse in den Parlamenten zu schaffen, die Schritt für Schritt eine gesetzliche Institutionalisierung der Selbstverwaltung ermöglichen. Da es sich hier zweifellos um einen langwierigen Prozess handelt, kann, ja muss Strategie Nr. 2 gleichzeitig mit Strategie Nr. 1 praktiziert werden, auch wenn dieser eine gewisse Priorität zukommt. Die Machtfrage stellt sich dabei so, wie Erhard Eppler es im oben gegebenen Zitat dargestellt hat.

5. Zum Individuumsbegriff des Selbstverwaltungs-Konzepts

Wer, wie die Arbeitsgruppe Selbstverwaltung des WIDERSPRUCH in ihrem Diskussionspapier, von der Gefahr einer „*Reduktion des Marxismus auf eine Entfremdungsphilosophie*“ spricht, der ist noch immer ein Gefangener der sowjetisch-marxistisch-leninistischen Dogmatik, denn die Philosophie von Marx – auch die des reifen Marx – ist eine Entfremdungsphilosophie. Marx sieht als Hegel-Schüler im Kapital eine notwendige Stufe des innerweltlich-heilsgeschichtlichen und eurozentrisch konzipierten Entwicklungsprozesses, in dessen Verlauf die Entfremdung des Menschen in der Gesellschaft dialektisch aufgehoben wird. Deshalb spricht Marx auch immer und immer wieder vom Individuum, denn er war ja kein Kollektivist, es ging ihm um das Glück, ja das Heil des Einzelnen. Freilich war er noch so sehr Hegelianer geblieben, dass er um des erst am Ende der Vorgeschichte erreichbaren Heils des Individuums willen bereit war, dieses Individuum hier und heute der notwendigen Brutalität des innerweltlich-heilsgeschichtlichen Weges zu diesem Ende zu opfern. Der locus classicus findet sich im vierten Band des „Kapital“. Nachdem Marx den Zweck der Produktion als „*Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck*“ definiert hat, fährt er fort: „*Stellt man . . . das Wohl des einzelnen diesem Zweck gegenüber, so behauptet man, dass die Entwicklung der Gattung aufgehalten werden muss, um das Wohl des einzelnen zu sichern, dass also z.B. kein Krieg geführt werden dürfe, worin einzelne jedenfalls kaputtgehn . . . Dass diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schliesslich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, dass also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozess erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden . . .*“ (MEW 26.2,110 f. Von mir hervorgehoben.). Das ist eindeutig: es geht Marx um die Entwicklung des einzelnen Individuums und des Reichtums seiner Natur, im Sinne einer höheren Entwicklung seiner Individualität. Das ist als dialektischer Prozess im Sinne der bestimmten Negation zu verstehen: nicht das abstrakte Individuum als solches, bloss das bestimmte, isolierte, egoistische, am Habenwollen orientierte, entfremdete **bourgeoise** Individuum soll dialektisch aufgehoben, in ein solidarisches, assoziiertes Citoyen-Individuum verwandelt werden, das erst als solches seinen inneren Reichtum frei entfalten kann, gemäss dem bekannten Satze aus dem „Kommunistischen Manifest“, wonach die kommunistische Gesellschaft eine Assoziation ist, „*worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist*“ (MEW 4, 482). Dass das nicht humanistisch-idealistische Flausen des jungen Marx sind, beweist der fast dreissig Jahre später in der Kritik des Gothaer Programms geschriebene Satz, die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft sei erreicht, wenn „*mit der allseitigen Ent-*

wicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen“ seien (MEW 19, 21.). Und im ersten Band des „Kapital“ wird der Kapitalismus definiert als „organisierte Unterdrückung seiner (des Arbeiters. A.K.) individuellen Lebendigkeit, Freiheit und Selbständigkeit“ (MEW 23, 528 f.), was es „zur Frage von Leben oder Tod“ mache, „das Teilindividuum, den blossen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum“ zu ersetzen (aaO, 512.).

Was das Ziel der Schaffung von soziopolitischen und ökonomischen Verhältnissen anbelangt, die es dem Individuum ermöglichen, sich als solidarisches, assoziiertes frei zu entfalten, seinen inneren Reichtum frei zu entwickeln, gehen wir mit Marx völlig einig. Wir sind „bloss“ deshalb keine Marxisten, weil wir nicht eschatologisch-apokalyptisch denken, weil wir nicht Emanzipation mit Erlösung, Aufhebung der von Menschen verursachten Entfremdungen mit einer Aufhebung der durch die „condition humaine“ bedingten identifizieren, weil wir nicht an einen total neuen, nur noch „guten“ Menschen als Produkt der Vorgeschichte glauben und die fortbestehenden Möglichkeiten des Menschen zum Bösen und zum Missbrauch seiner Freiheit nicht vergessen, und weil wir nicht bereit sind, das Opfern von Individuen hier und heute als geschichtliche Notwendigkeit zu akzeptieren und heilsgeschichtlich abzusegnet. Wenn Weg und Ziel eins sind und das Ziel eine mündige Gesellschaft mündiger Menschen ist, dann sind nur politische und soziale Massnahmen legitim, die hier und heute diese Mündigkeit fördern, nicht aber solche, die hinter bereits an Emanzipation Erreichtes zurückgehen. (Hier ist von der Schweiz die Rede, nicht von Chile. Dass sich dort die Frage nach der Mündigkeit, der Demokratie, des Sozialismus zunächst einmal entscheidend als Frage der Gewalt stellt, ist evident.)

Aber um zu unserem Begriff des Individuums zurückzukommen: der Marxismus, insbesondere in seiner pervertierten Form des „Marxismus-Leninismus“, hat unter Missachtung des von Marx selbst Gesagten das Individuum bisher weitgehend mit dem bourgeoisen Individuum identifiziert und damit für den Sozialismus als obsolet erklärt. Das Opfern des Individuums wurde nicht der Geschichte überlassen, sondern zur selbstverständlichen „sozialistischen“ Praxis, von den Gulags bis zu der Politik, die zu den heutigen Ereignissen in Polen führten, wo nach dreissig Jahren „Kommunismus“ die ganze Nation der Partei den Rücken kehrt und vor dem Papst in die Kniee sinkt. Marx' Konzeption des Sozialismus als „freie Entwicklung eines jeden“ ist für Moskau konterrevolutionär. Die Konzeption des Sozialismus als Selbstverwaltung hingegen greift auf diesen ursprünglichen Marxschen Individuumsbegriff zurück. Was für einen Sinn hätte Sozialismus denn überhaupt, wenn er nicht – im Rahmen der „condition humaine“ – die Würde, die Mündigkeit, die Freiheit, das Glück des Menschen, und das heisst immer des einzelnen Menschen, des Individuums, zu seinem Ziel erklärte? Bloss ist das hier gemeinte Individuum nicht mehr der rücksichtslose Egoist einer zum permanenten Habenwollen verurteilten „homo homini lupus“ – Konkurrenzwirtschaft,

sondern ein aufgeklärtes, das weiss, dass Würde, Mündigkeit, Freiheit und Glück letztlich nur in der Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit zu erfahren und zu leben sind. Selbstverwaltung ist nichts anderes als ein Versuch, die äusseren Lebensbedingungen für diese neue Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen und damit ein Gesellschaftssystem zu schaffen, das den Namen „Sozialismus“ wirklich verdienen würde.

6. Zur Rolle der Erziehung

Bildung und Erziehung kommt in einer sich auf Selbstverwaltung zubewegenden Gesellschaft, wie bereits früher erwähnt, eine entscheidende Bedeutung zu. Selbstverwaltung setzt mündige Bürger und Bürgerinnen voraus. Sie ist gerade so weit praktikierbar, als die Menschen mündig sind. Mündigkeit heisst, sich seiner Vernunft und überhaupt seiner Fähigkeiten und Kräfte autonom zum Wohle des Ganzen bedienen zu können. Das setzt Selbstreflexion voraus: das Bewusstsein muss seine eigenen Abhängigkeiten durchschauen lernen, um sich von diesen Abhängigkeiten lösen zu können. Das nennt man Aufklärung und dazu gehört auch Ideologiekritik: man muss lernen, zu unterscheiden, was in einem bestehenden System – im Westen wie im Osten – bloss Ideologie zur Verschleierung oder Stabilisierung oder Legitimierung der Herrschaft und ihrer Interessen, und was echte Werte, Normen und Theoreme mit emanzipatorischem Gehalt sind, auf denen man aufbauen kann. Hier können und sollen Parteien und Gewerkschaften gleichzeitig Meinungsforum und Kampfinstrument sein. Das alles bedeutet, dass der Diskussion, der Theoriearbeit, dem Bildungsprozess eine weit wichtigere Rolle zukäme als das bisher, insbesondere in der SP, der Fall war. Selbstverwaltung erfordert in der Tat Anstrengungen, auch geistige, aber die Zeiten, da man den Sozialismus als Schlaraffenland versprach, sind vorbei. Wer zu Anstrengungen nicht bereit ist, der muss sich immer mehr mit einer Fremdverwaltung durch die immer weniger demokratisch bestimmbaren und kontrollierbaren politisch und wirtschaftlich Herrschenden, ihre Interessen und von diesen geleiteten technologischen „Sachzwänge“ abfinden. Ob es im Zusammenhang mit dieser Bildungs- und Selbsterziehungsarbeit zu einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Linksparteien kommen könnte, würde wohl in erster Linie davon abhängen, ob die einzelnen Parteien – und das gilt natürlich auch für die SP – sich entschlossen und glaubwürdig zu einer echten demokratischen Selbstverwaltung bekennen würden. Aber auch das wäre dann wohl als ein Lernprozess zu verstehen.

